

Die Ergebnisse der Landtagswahl in Hessen am 22. September 2013 – Wahlnachtbericht und erste Analyse

Benjamin-Immanuel Hoff

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung des Wahlergebnisses	2
a) Die politischen Parteien in Hessen nach der Landtagswahl	2
b) Die großen Parteien und die politischen Lager nach der Hessen-Wahl 2013	3
c) Das Wahlergebnis der Landtagswahl im Vergleich zum Bundestagswahlergebnis	5
Der Bundesrat nach der Landtagswahl in Hessen 2013	6
Ausgangslage und Verlauf des Wahlkampfes.....	8
a) Das Parteiensystem in Hessen	8
b) Die Ministerpräsidenten- und Spitzenandidat/-innen im Vergleich.....	10
c) Die wirtschaftliche Lage aus Sicht der hessischen Wähler/-innen.....	12
d) Die wichtigsten Politikfelder in Hessen.....	12
e) Kompetenzzuschreibungen der Parteien	14
Erste Analyse des Wahlergebnisses	15
a) Einfluss der Persönlichkeitswerte auf die Wahlentscheidung	15
b) Die wahlentscheidenden Parteikompetenzen	15
c) Wähler/-innenwanderungen	17
d) Die Parteien nach Herkunft, Bildung und Geschlecht	19
Wahlnachtberichte / Die Autoren, die Autorin / Vorbehalt.....	20

Zusammenfassung des Wahlergebnisses

Tabelle: Vorläufiges Endergebnis der Landtagswahl in Hessen am 22. September 2013

Bundesland	Einheit	Wahlbet.	Zweitstimmenanteile Landtagswahl 2013					
			CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Sonst.
Hessen	%	73,2	38,3	30,7	5,0	11,1	5,2	9,5
	Sitze	110	47	37	6	14	6	-
Zweitstimmenergebnisse Landtagswahl 2009								
Hessen	%	61,0	37,2	23,7	16,2	13,7	5,4	3,8
	Sitze	118	46	29	20	17	6	-
Veränderung gegenüber der Landtagswahl 2009								
Hessen	%	12,2	1,1	7,0	11,2	-2,6	-0,2	5,7
	Sitze	-8	1	8	-14	-3	±0	-

a) Die politischen Parteien in Hessen nach der Landtagswahl

Den Parteien im hessischen Landtag stehen nach der Landtagswahl schwierige Verhandlungen bevor. Weder die CDU noch SPD und Grüne können ihre Koalitionswünsche umsetzen. Obwohl sich die Union verbessern und ihr bisheriger Koalitionspartner FDP gerade so erneut in den Landtag retten kann, erreichen die traditionellen politischen Lager schwarz-gelb einerseits und rot-grün andererseits keine eigenständige Mehrheit.

Die CDU konnte gegenüber der Landtagswahl 2009 um 1,1% zulegen und behauptet sich mit 38,3% als stärkste Partei im Land. Ob Volker Bouffier, nach Walter Wallmann und Roland Koch der erst dritte CDU-Ministerpräsident im einst „roten Hessen“, erneut Regierungschef werden kann, wird jedoch davon abhängen, wie die Koalitionsverhandlungen nach der Wahl ausgehen werden.

Der bisherige Koalitionspartner FDP ist innerhalb von zwei Wochen aus dem bayerischen Landtag und dem Bundestag geflogen. In den hessischen Landtag retten sich die Liberalen nach einem Wahlkrimi, der erst um kurz vor 03:00 Uhr morgens beendet war. Mit genau 5,0% und 6 Abgeordneten wird die Partei zwar nicht mehr in der Regierung, aber noch im Parlament vertreten sein. Dennoch: die Partei, die 2009 ihr viertbestes Landesergebnis in Hessen erhalten hatte, verliert über 11% und kann nur knapp der Schmach entgehen, nach 1982 das zweite Mal nicht mehr im Landtag vertreten zu sein.

Die SPD erreicht nach dem dramatischen Absturz von 2009 wieder ein Ergebnis um die 30%. Ihrem Spitzenkandidaten Torsten Schäfer-Gümbel ist gelungen, was nach dem Ypsilanti-Debakel von 2008 und der darauffolgenden Niederlage niemand erwartet hätte: die SPD ist geschlossen und mit dem Willen, die Regierung in ihrem ursprünglichen Stammland wieder zu übernehmen, in den Wahlkampf gegangen. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Sozialdemokraten ihr drittschlechtestes Ergebnis seit 1946 erhalten haben. Die 30,7% des Jahres 2013 liegen nur 1,6% über dem Wert von 2003. Die Stabilisierung der hessischen SPD findet auf einem sehr niedrigen Niveau statt.

Die Grünen verlieren gegenüber 2009 und können ihren Anteil zum angestrebten Ziel einer rot-grünen Landesregierung nicht beitragen. Sie fallen zurück auf das Niveau der Landtagswahl von 1995 (11,2%).

Der hessischen Linken gelingt, nach einer Zitterpartie bis spät in die Nacht, zum dritten Mal in Folge der Einzug in den Landtag. Die Wählerinnen und Wähler in Hessen honorierten die solide Arbeit der Partei, doch die Kreditlinie ist äußerst begrenzt.

Die Landespartei ist ein konstanter politischer Faktor in der hessischen Landespolitik geworden - eigenständig und sozial profiliert. Dennoch hat die Partei in fast allen Wahlkreisen Verluste von um die 0,4% hinnehmen müssen, die nur in einzelnen Wahlkreisen durch überdurchschnittliche Zuwächse soweit ausgeglichen werden konnten, dass sich die Partei letztlich auf 5,2% stabilisieren konnte. Zu den Wahlkreisen, in denen DIE LINKE zulegen konnte, gehören vor allem die Wahlkreise um den Flughafen Frankfurt am Main. Ohne dies in dieser Wahlnacht valide beweisen zu können, spricht doch einiges dafür, dass die konsequente Haltung der LINKEN gegen den Flughafenausbau und die Personalisierung dieses Protests in der Spitzenkandidatin der Landespartei den notwendigen Rückenwind für den Verbleib im Landtag gegeben hat.

Entgegen dem ersten Kommentar des Autors in der Wahlnacht¹, bleibt festzuhalten: DIE LINKE hat mit der Landtagswahl 2013 die Chance erhalten, in den kommenden fünf Jahren die weiterhin bestehenden Aufgaben des Parteaufbaus zu erledigen, um sich nicht nur als politische Partei zu profilieren, sondern auch in der Fläche zu verankern.

Die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl liegt mit 72% rund 10% höher als bei der vergangenen Landtagswahl. Die NPD und die Republikaner spielten auch bei dieser Landtagswahl keine Rolle.

b) Die großen Parteien und die politischen Lager nach der Hessen-Wahl 2013

Werfen wir im Folgenden einen Blick auf die sogenannten Volksparteien und die politischen Lager:

Union und SPD haben sich zwar wieder stabilisieren können, doch zeigt auch diese Landtagswahl die nachgelassene Wähler/-innenbindung der sogenannten Volksparteien. Bei der Landtagswahl 2008 war der gemeinsame Wähler/-innenrückhalt auf 73,5% und damit den niedrigsten Stand seit 1954 abgesunken. Dieses Ergebnis wurde 2009 aufgrund der dramatischen Schwäche der SPD erneut unterschritten. Mit 60,9% Wähler/-innenbindung erreichten beide Parteien das niedrigste Niveau in der Nachkriegsgeschichte Hessens und konnten nicht einmal mehr zwei Drittel der Wähler/-innen in Hessen für sich gewinnen.

Demgegenüber erreichen beide Parteien bei der Landtagswahl 2013 zusammen 69% der Wähler/-innenbindung. Sie bleiben auch damit unter dem Niveau von 2008.

Je nach Betrachtungsweise haben die hessischen Wählerinnen und Wähler – nicht ohne Ironie – den Landesparteien eine zweite Chance eingeräumt oder das Leben besonders schwer gemacht.

Mit einem Verhältnis von 53 Sitzen (schwarz-gelb) zu 59 Sitzen (rot-grün-rot) ist nach der Landtagswahl 2013 exakt das Sitzverhältnis von 2008 reproduziert worden.

Dies bedeutet u.a.:

- Die Trennlinie verläuft – in Hessen wie im Bund – nicht mehr zwischen einem schwarz-gelben und einem rot-grünen Lager, sondern zwischen der Union, die sich im besten Falle auf die FDP stützen kann, und den Parteien SPD, Grünen und LINKE.
- Dort wo DIE LINKE sich als Partei etabliert hat, sind SPD und Grüne aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage eine Regierungsmehrheit zu bilden. Hieß es 2008 noch

¹ Benjamin-Immanuel Hoff 2013, Hessische Landtagswahl: LINKE wieder drin – FDP raus – Koalitionspatt in Wiesbaden, http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Hoff_LTW_Hessen_2013.pdf.

bei der Linkspartei: „Wir sind gekommen, um zu bleiben“, so wird die hessische LINKE künftig gebraucht, um gegen die Union etwas zu bewirken.

- Die Kräfteverhältnisse zwischen den beiden – in Hessen nicht mehr ganz so neuen – politischen Lagern haben sich erneut umgekehrt. Wie 2008 liegt das rot-grün-rote Lager vor dem bürgerlichen Lager.

Tabelle: Kräfteverhältnisse der politischen Lager

	schwarz-gelb		rot-grün-rot	
	absolute Zahlen	in %	absolute Zahlen	in %
LTW 2013	1.354.243	43,3	1.471.071	47,0
LTW 2009	1.384.183	53,4	1.109.740	42,8
LTW 2008	1.268.325	46,2	1.353.643	51,2

Eigene Zusammenstellung

Im Vorfeld der Bundestagswahlen ist häufig ein Szenario skizziert worden, nachdem die SPD trotz einer rot-grün-roten Mehrheit in eine Große Koalition eintreten könnte, um diese zur Mitte der Wahlperiode platzen zu lassen und mit Grünen sowie LINKEN zu regieren. Dieses Szenario ist aller Voraussicht nach auf Bundesebene passé. Aber in Hessen könnte dieses Experiment gelingen.

Das hessische Parteiensystem ist geprägt durch eine Härte in der politischen Auseinandersetzung, die ihresgleichen in anderen Ländern sucht. Torsten Schäfer-Gümbel hätte in dieser Situation die Möglichkeit, durch kluges Agieren den gordischen Knoten rot-grün-roter Regierungsunfähigkeit zu zerschlagen. Er sollte für die SPD sowohl die Einladung zu Sondierungsgesprächen mit der Union annehmen, als auch Gespräche mit Grünen und LINKEN führen und die hessische Spezialität vermeiden: Türen endgültig zuzuschlagen.

c) Das Wahlergebnis der Landtagswahl im Vergleich zum Bundestagswahlergebnis

Die Landtagswahl 2013 wurde parallel zur Bundestagswahl durchgeführt. Es bietet sich deshalb an, das Ergebnis der Landtagswahl mit dem Landesergebnis der Bundestagswahl zu vergleichen.

Tabelle: Vorläufiges Endergebnis der Wahlen in Hessen am 22. September 2013

Art der Angabe	Landesstimmen					
	LTW 2013		BTW 2013		Differenz BTW zu LTW	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	4.392.536	-	4.413.332	-		
Wähler/-innen	3.214.176	-	3.230.162	-		
Wahlbeteiligung		73,2		73,2		
Davon entfielen auf:						
CDU	1.198.889	38,3	1.232.530	39,2	33.641	0,9
SPD	961.311	30,7	907.903	28,8	-53.408	-1,9
FDP	157.354	5,0	175.160	5,6	17.806	0,6
GRÜNE	348.371	11,1	313.070	9,9	-35.301	-1,1
DIE LINKE	161.389	5,2	188.622	6,0	27.233	0,8

Eigene Zusammenstellung

Aus der vorstehenden Tabelle lässt sich ablesen, dass SPD und Grüne in Hessen bei der Landtagswahl knapp 89.000 Wähler/-innen mehr auf sich vereinigen konnten, als bei der Bundestagswahl. Diese Wähler/-innen schienen dem rot-grünen Regierungsvorhaben mehr Chancen auf hessischer Landesebene als im Bund eingeräumt zu haben.

Die anderen drei im Landtag vertretenen Parteien hingegen liegen mit ihrem Bundesergebnis zwischen 0,6%-Punkten (FDP) bis zu 0,9%-Punkten (CDU) höher als beim Landtagswahlergebnis.

Sowohl die FDP als auch DIE LINKE hätte diese Stimmendifferenz durchaus den Verbleib im Landtag kosten können. Es zeigt jedoch, bezogen auf DIE LINKE, dass diese Partei trotz ihrer Arbeit in Hessen bei einem nicht unerheblichen Teil der Wähler/-innenschaft weiterhin aufgrund ihrer bundespolitischen Positionen präferiert wird und weniger aufgrund landespolitischer Tätigkeit.

Inwieweit Wähler/-innen auf dem Stimmzettel für DIE LINKE und im Land für SPD oder Grüne votierten und insoweit taktisch wählten, lässt sich bedauerlicherweise nicht ermitteln.

Der Bundesrat nach den Wahlen vom 22. September 2013²

Seit den Landtagswahlen in Niedersachsen verfügten die rot-rot-grünen Landesregierungen über einen Block von 36 der 69 Bundesratsmandate. Man kann von einer rot-rot-grünen Mehrheit sprechen, weil ohne die 4 rot-roten Stimmen aus Brandenburg der Block keine Mehrheit hätte.

Der ehemals dominierende Block der schwarz-gelben Koalitionen war auf den Status der mit 15 Mandaten schwächsten Gruppe geschrumpft. Es gab überhaupt nur noch drei Länder mit schwarz-gelben Koalitionen.

Zweitstärkste Gruppe sind die CDU/SPD-Koalitionen mit 18 Mandaten.

Diese drei Blöcke bestimmen die politische Dynamik in der Länderkammer.

Tabelle: Bundesratszusammensetzung bis zur Hessen-LTW 2013

Land	Stimmen	Große Koalition	Union allein	Schwarz-Gelb	SPD allein	Rot & Rot	Rot & Grün	Rot-Grün-SSW
Bad-Würt.	6						6	
Bayern	6		6					
Berlin	4	4						
Brandenburg	4					4		
Bremen	3						3	
Hamburg	3				3			
Hessen	5			5				
Meck-Vorp.	3	3						
Niedersachsen	6						6	
Nordrhein-Wf.	6						6	
Rheinland-Pf.	4						4	
Saarland	3	3						
Sachsen	4			4				
Sachsen-Anh.	4	4						
Schleswig-Hol.	4							4
Thüringen	4	4						
Gesamt	69	18	6	9	3	4	25	4

Diese Bundesratsmehrheit sollte freilich nicht den Blick darauf verstellen, dass SPD und Grüne durch die systematische und weitgehende Ausgrenzung der LINKEN von möglichen Regierungsbildungen in den Ländern in einem enormen Ausmaß zum Machterhalt der CDU/CSU auf Bundesebene beigetragen haben.

Sie haben dadurch auf insgesamt 19 mögliche Bundesratsmandate und damit auf eine Zweidrittelmehrheit in der Länderkammer verzichtet³, womit es möglich geworden wäre, auch

² Dieser Abschnitt übernimmt in relevanten Teilen wörtliche Passagen aus einer Bundesrats-Projektion von Marian Krüger, Bund-Länder-Koordination der Linksfraktion im Bundestag.

einfache Einspruchsgesetze zu blockieren, da Einsprüche der Länder im Bundestag dann ebenfalls mit einer Zweidrittelmehrheit überstimmt werden müssen. Die gesamte Gesetzgebungstätigkeit von Bundesregierung und Koalition wäre unter diesen Umständen der Vetomacht der Opposition unterstellt gewesen.

Die Hessen-Wahl wird an den Block-Konstellationen nur insoweit eine Änderung vornehmen, als entweder der Block der großen Koalitionen gestärkt, ein schwarz-grünes Bündnis quer zu den bisherigen Blöcken stünde oder eine rot-grün-rote Landesregierung den rot-grünen Block verstärken würde.

Die absehbare Bildung einer Großen Koalition auf Bundesebene nimmt den rot-grün-roten Ländern nun freilich die Möglichkeit, den Bundesrat als Oppositionsinstrument zu nutzen. Der Bundesrat wird in diesem Falle eher wieder föderales Aushandlungsinstrument als Bühne von Opposition und Regierung.

Die Wahlen des kommenden Jahres in Sachsen, Thüringen, Brandenburg werden an dieser Situation nichts ändern, sofern nicht überall rot-grün-rote oder rot-rote Länder gebildet werden sollten. 2015 wählen Bremen und Hamburg. 2016 finden Wahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern statt. 2017 im Saarland, NRW und Schleswig-Holstein. Eine Prognose auf die Auswirkungen für den Bundesrat lässt sich zum heutigen Zeitpunkt nicht formulieren.

³ Hessen 2008: 5 Mandate, Thüringen 2009: 4 Mandate, Saarland 2009/12: jeweils 3 Mandate, Mecklenburg 2011: 3 Mandate, Sachsen-Anhalt 2011: 4 Mandate

Ausgangslage und Verlauf des Wahlkampfes

a) Das Parteiensystem in Hessen

Nach Strünck⁴ war das hessische Parteiensystem u.a. davon geprägt, dass es in keinem anderen Bundesland über eine vergleichbar lange Zeit eine Dominanz der Sozialdemokraten als Regierungspartei gegeben hat. Erst 1987 gelang der CDU mit Walter Wallmann den ersten christdemokratischen Ministerpräsidenten Hessens zu stellen, dessen Amtszeit freilich 1991 bereits endete. Darauf gelang es erst Roland Koch im Jahre 1999 die hessische Staatskanzlei zu erobern. Volker Bouffier ist insoweit erst der dritte CDU-Ministerpräsident in Hessen.

Die wesentlichen Entwicklungsphasen des hessischen Parteiensystems beschreibt Strünck als:

- Hegemonialphase (1946-1970)
- Konkurrenzphase (1970-1982)
- Pluralisierungsphase (1982 bis heute).⁵

Tabelle: Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen 1946-2009

Wahljahr	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	Grüne	KPD* / LINKE	NPD* / REP	Sonstige
1946	73,2	31,0	42,7	15,7	-	10,7*	-	-
1950	64,9	18,8	44,4	31,8	-	4,7*	-	0,3
1954	82,4	24,1	42,6	20,5	-	-	-	12,7
1958	82,3	32,0	46,9	9,5	-	-	-	11,6
1962	77,7	28,8	50,8	11,4	-	-	-	8,9
1966	81,0	26,4	51,0	10,4	-	-	7,9*	4,3
1970	82,8	39,7	45,9	10,1	-	-	3,0*	4,3
1974	84,8	47,3	43,2	7,4	-	-	1,0*	2,1
1978	87,7	46,0	44,3	6,6	2,0	-	-	1,1
1982	86,4	45,6	42,8	3,1	8,0	-	-	0,4
1983	83,5	39,4	46,2	7,6	5,9	-	-	0,8
1987	80,3	42,1	40,2	7,8	9,4	-	-	0,5
1991	70,8	40,2	40,8	7,4	8,8	-	1,7	1,1
1995	66,3	39,2	38,0	7,4	11,2	-	2,0	2,3
1999	66,4	43,4	39,4	5,1	7,2	-	2,7	2,2
2003	64,6	48,8	29,1	7,9	10,1	-	1,3	2,9
2008	64,3	36,8	36,7	9,4	7,5	5,1	1,0	3,5
2009	61,0	37,2	23,7	16,2	13,7	5,4		

Eigene Zusammenstellung

⁴ Vgl. Christoph Strünck 2008, Das Parteiensystem Hessens, in: Uwe Jun, Melanie Haas, Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 247-264 (249).

⁵ Ebd.

Die Hegemonialphase ist der Abschnitt der politischen Landesgeschichte, die heute noch vielfach mit dem Begriff „rotes Hessen“ und dem Ministerpräsidenten Georg August Zinn, der das Land rund zwanzig Jahre, von 1950 bis 1970, führte, verbunden wird.

Bereits bei der ersten Landtagswahl erreichte die SPD ein um mehr als 10% besseres Ergebnis, als die CDU, mit der sie koalierte, obwohl auch die KPD ein beachtliches Ergebnis von 10,7% erreicht hatte und eine ‚Arbeiterregierung‘ möglich gewesen wäre.

Zu dieser Zeit war freilich auch die hessische CDU durch christlich-sozialistischen Einfluss geprägt, was den Ausdruck in der stark kollektivistischen Landesverfassung fand, der Union aber im Parteienwettbewerb zur SPD wie der FDP eher zum Nachteil gereichte. Während sich die CDU von der SPD nicht weit genug abgrenzen konnte, gelang es der FDP mit einer national-liberalen Prägung auch das konservative christdemokratische Spektrum zu erreichen, so dass es der SPD auch ohne Stimmenergebnisse um die 50% möglich war, die hegemoniale politische Partei im Land zu sein. In Verbindung mit einer guten Wirtschaftslage, die für gewöhnlich den Regierungsparteien nützt, einem populären ‚Landesvater‘ sowie einer starken Organisation der SPD, konnte diese Dominanz strukturell gefestigt werden.

Laut Strünck baute die SPD ihre Wählerbasis nach 1945 auf drei Fundamenten auf:

- der Industriearbeiterschaft der Rhein-Main-Region,
- Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes,
- auf der protestantischen Landbevölkerung, was ein spezifisch hessisches Merkmal ist, da die religiös geprägte Landbevölkerung für gewöhnlich mehrheitlich zur Wahl der CDU neigt(e). Da die FDP eher das städtische Milieu abbildete und die CDU stark katholisch geprägt war, ‚landete‘ dieses Milieu eher zwangsläufig bei der SPD.⁶

Die regionalen Hochburgen der Parteien sahen in dieser Phase wie folgt aus:

- SPD: traditionelle Industrieregionen in Nordhessen, in Kassel, sowie in Darmstadt
- CDU: ländlich-städtische Mischgebiete mit geringem Industrialisierungsgrad
- FDP: städtische Ballungsgebiete.

In der Konkurrenzphase schwächte sich die Asymmetrie zwischen den beiden großen Parteien, die in der Hegemonialphase zwischen 15-25% betragen hatte, ab. Die Union erneuerte sich programmatisch, indem Alfred Dregger ihr ein klar konservatives Profil verpasste.

Bei den Wahlen 1974, 1978 und 1982 überflügelte die CDU die SPD, die seit 1970 mit der FDP koalierte. Denn während die CDU konservativer wurde, hatte sich die FDP ironischerweise zu einer sozial-liberalen Partei entwickelt, die von Dregger eher abgestoßen als angezogen wurde.⁷

Dies alles waren jedoch nur Oberflächenerscheinungen eines tektonischen Wandels, der die Pluralisierungsphase einläuten sollte. Der tektonische Wandel zeigte sich insbesondere in:

- dem Absinken der Arbeiterschaft in Hessen zwischen 1950 und 1977 von 47,3 auf 40,5%
- bei Verdopplung des Anteils der Angestellten und Beamten an den Erwerbstätigen.

Nach Strünck „bilden (diese neuen Mittelschichten) die zunehmend relevante Front der eher flexiblen Wähler, deren Parteibindung schwach ausgeprägt ist.“⁸

⁶ Vgl. Strünck 2008, S. 253.

⁷ Vgl. Strünck 2008, S. 254.

⁸ Ebd.

Ursprünglich strukturelle Nachteile der CDU konnte diese ausgleichen, indem

- sie die flexiblen Wählerschichten stärker als die SPD an sich binden konnte,
- für die NPD-Wähler/-innen, die diese Partei 1966 mit 8 Abgeordneten in den hessischen Landtag entsendeten, für die Wahl der CDU gewinnen konnte,
- bei den Nichtwähler/-innen weniger Verluste erlitt als die SPD.

Die bis heute anhaltende Pluralisierungsphase ist geprägt durch die insgesamt geringe Asymmetrie zwischen den beiden großen Parteien, auch wenn Sie wie bei der Landtagswahl 2003 stark ausschlagen kann. Beide Volksparteien haben insgesamt an Wähleranteil deutlich verloren und mit den Grünen ist eine Partei erwachsen, die zum festen Bestandteil des hessischen Parteiensystems gehört. Der Einzug der LINKEN in den Landtag 2008 und 2009 verstärkte die Pluralisierung erneut.

Das südhessische Rhein-Main-Gebiet ist, nach Strünck, soziostrukturell das entscheidende hessische Wahlgebiet: „Hier lebt mehr als ein Drittel der Wählerschaft, deren Parteibindungen deutlich schwächer sind als im Rest des Landes.“⁹

b) Die Ministerpräsidenten- und Spitzenandidat/-innen im Vergleich

Seitens Infratest-dimap wurden im Vorfeld der Landtagswahl zwei Ausgaben des HessenTREND veröffentlicht. Für den HessenTREND im August wurden zwischen dem 15. und 18. August 2013 insgesamt 1.000 wahlberechtigte Personen befragt. Für den HessenTREND im September befragte das Institut 1.002 wahlberechtigte Personen zwischen dem 10. und 12. September 2013.

Tabelle: Wenn Direktwahl des Ministerpräsidenten möglich wäre (Vergleich 2008/2009/2013)

Kandidat/-in	Gesamt	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE
2013						
V. Bouffier	38	78	13	k.A.	k.A.	k.A.
T. Schäfer-Gümbel	36	10	78	k.A.	k.A.	k.A.
2009						
R. Koch	48	98	14	68	8	4
T. Schäfer-Gümbel	36	2	81	14	68	69
2008						
R. Koch	39	91	6	47	5	14
A. Ypsilanti	51	7	92	32	91	84

Dass der SPD-Spitzenkandidat Schäfer-Gümbel in der Lage sein würde, den Amtsinhaber in den Persönlichkeitswertungen, die sich u.a. in den Zustimmungswerten der Frage „Wenn man den Ministerpräsidenten direkt wählen könnte, für wen würden Sie sich entscheiden“ ausdrückt, hat vermutlich niemand angenommen. Doch gelang Schäfer-Gümbel eine beeindruckende Aufholjagd. Lag er bei der Wahl 2009 noch 12% hinter Roland Koch und mit 35% zu 47% auch im Dezember 2011 noch weit hinter dem Ministerpräsidenten, konnte er sich auf eine Differenz von 2% Volker Bouffier nähern.

⁹ Vgl. Strünck 2008, S. 257.

Tabelle: Profilvergleich Bouffier vs. Schäfer-Gümbel

V. Bouffier		T. Schäfer-Gümbel
53	Ist die stärkere Führungspersönlichkeit	16
46	Versteht mehr von der Wirtschaft	14
41	Gibt in der Öffentlichkeit eine bessere Figur ab	30
31	Setzt sich eher für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ein	26
31	Ist sympathischer	40
27	Ist mit den Problemen der Bürger besser vertraut	34
25	Ist glaubwürdiger	36
16	Setzt sich stärker für soziale Gerechtigkeit ein	50

Frage: Wenn Sie nun einmal Volker Bouffier und Thorsten Schäfer-Gümbel miteinander vergleichen: Wer von beiden...?

Quelle: HessenTREND August2013

Der Herausforderer kommt in den häufig als ‚harte‘ Faktoren bezeichneten Profilkompetenzen nicht an den Amtsinhaber heran. Er punktet jedoch bei Sympathie, Kenntnis der Probleme der Bürger/-innen, Glaubwürdigkeit und dem Einsatz für soziale Gerechtigkeit.

Tabelle: Politiker/-innenzufriedenheit im HessenTREND August 2013

	Sehr zufrieden/ Zufrieden	Weniger zufrieden / gar nicht zufrieden	Spontan: kenne ich nicht / kein Urteil
Volker Bouffier (CDU)	49	40	10
Tarek Al-Wazir (Grüne)	45	24	28
Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD)	43	33	23
Jörg-Uwe Hahn (FDP)	25	40	33
Janine Wissler (DIE LINKE)	8	13	77

Frage: Ich nenne Ihnen nun einige Politiker. Bitte sagen Sie mir für jeden, ob Sie mit dessen politischer Arbeit sehr zufrieden, zufrieden, weniger zufrieden oder gar nicht zufrieden sind. Wenn Sie die eine oder andere Person nicht kennen, beziehungsweise über ihre Arbeit kein Urteil abgeben können, sagen Sie mir das bitte.

Eigene Zusammenstellung

In der Politiker/-innenzufriedenheit schneiden die Spitzenkandidaten von CDU und Grünen am besten ab. Bis auf den Ministerpräsidenten sind die Vertreter von SPD, Grünen und FDP aber einem Viertel bis zu einem Drittel der befragten Wähler/-innen spontan unbekannt bzw. bilden die Befragten sich kein Urteil. Die Spitzenkandidatin der LINKEN, Janine Wissler, ist rund drei Vierteln der hessischen befragten Wahlberechtigten unbekannt.

c) Die wirtschaftliche Lage aus Sicht der hessischen Wähler/-innen

Die wirtschaftliche Lage in Hessen wurde von den Wähler/-innen und Wählern überwiegend weniger gut bis schlecht bewertet.

Tabelle: Bewertung der Wirtschaftslage in Hessen im Januar 2009 im Vergleich zu 2013

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Hessen? Ist sie Ihrer Meinung nach...	sehr gut / gut	weniger gut / schlecht
2009	43	56
2013	71	27

Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, hat sich die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage deutlich verändert. Gingen im Januar 2009 die Wähler/-innen davon aus, dass die Krise mit dem ersten Konjunkturpaket der Bundesregierung nicht überwunden ist, sondern vielmehr mit dem schlimmsten Teil der Krise noch zu rechnen sei, sehen über zwei Drittel der befragten hessischen Wähler/-innen die Wirtschaftslage als sehr gut oder gut an, während knapp mehr als ein Viertel der befragten Wähler/-innen die Wirtschaftslage als weniger gut bis schlecht einschätzt.

Gefragt nach der persönlichen wirtschaftlichen Situation sind mit 74% sogar noch etwas mehr befragte Wähler/-innen der Auffassung, dass die Lage sehr gut bis gut sei, während mit 26% wiederum knapp ein Viertel der Befragten die eigene Lage als weniger gut bis schlecht einschätzt.

Auf Bundesebene stellte sich diese Situation ähnlich dar – die Menschen in Deutschland waren 2013 mehrheitlich optimistischer als 2009:

- Immerhin 47% der Deutschen gehen der nächsten Zukunft mit Hoffnungen entgegen, 2009 waren es nur 38%.
- 71% betrachten die wirtschaftliche Lage sehr gut oder gut. Das sind 6% mehr als noch im Vormonat. Nur knapp 28% betrachten diese schlecht oder sehr schlecht (7%).
- Ähnlich stellt sich dies für die persönliche Lage dar: 73% der Deutschen beschreiben ihre Lage als gut oder sehr gut und nur 26% als weniger gut oder schlecht (7%).

d) Die wichtigsten Politikfelder in Hessen

Im HessenTREND erfragte Infratest-dimap, wie auch bei den anderen Wahlen, die wichtigsten politischen Probleme in den Augen der Wählerinnen und Wähler. Das Thema Bildung und die Kinderbetreuung bestimmten über weite Phasen den Wahlkampf der Parteien.

In der FAZ beschrieb Thomas Holl die Kontroverse zwischen den Parteien und Lagern wie folgt: „Wie bei den Landtagswahlen 2008 und 2009 ist auch diesmal der Streit über G8 wieder auf der Agenda. Während die SPD die von Koch eingeführte Schulzeitverkürzung an Gymnasien von neun auf acht Jahre (G8) wieder rückgängig machen will, setzen CDU, FDP und Grüne auf eine Wahlfreiheit der Gymnasien zwischen G8 und G9. Damit hat die CDU der Position der Grünen aus früheren Wahlkämpfen übernommen, während die FDP diese Möglichkeit zwar 2008 als Oppositionspartei auch ins Spiel brachte, dann aber wieder aus den Augen verlor. Allerdings wollen die Grünen – anders als Schwarz-Gelb – den Elternwillen dabei stärker als bisher berücksichtigt sehen, wenn es zukünftig an einem Gymnasium

um die Entscheidung G8 oder G9 geht. Vor allem, so die Forderung der Grünen, müsse es eine „echte Wahlfreiheit“ überall in Hessen geben.“¹⁰

Tabelle: Wichtigste Politikfelder in Hessen – Vergleich HessenTREND 2009 / 2013

	2009	2013
Schul- und Bildungspolitik	48	37
Arbeitslosigkeit	26	22
Wirtschaftliche Situation	23	7
Regierungsbildung / Neuwahlen	15	-
Flughafenausbau	8	7
Soziale Ungerechtigkeit	6	10
Umweltschutz	6	7
Familienpolitik / Kinderbetreuung	5	18
Energiepolitik / Energiewende	-	8
Haushaltslage / Verschuldung	-	7
Verkehr(sanbindung) / Infrastruktur	-	12
Frage: Welches sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten politischen Probleme in Hessen, die vordringlich gelöst werden müssen?		

Eigene Zusammenstellung

Gefragt, ob die Bundespolitik oder die Landespolitik für die Wahlentscheidung ausschlaggebend sei, antworteten im August 2013 gegenüber Infratest-dimap 48% der befragten Wahlberechtigten, dass die Landespolitik im Vordergrund stehe, während 37% bundespolitische Aspekte als maßgeblich bei der Wahlentscheidung erachteten. Immerhin 13% gaben beides als gleichbedeutend an.

Gegenüber dem Januar 2009 hat die Landespolitik mit 26%-Punkten abgenommen, während die Bedeutung der Bundespolitik um 19%-Punkte zunahm, was sicherlich auch damit erklärt werden kann, dass Bundestags- und Landtagswahlkampf in diesem Jahr parallel durchgeführt wurden.

¹⁰ <http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-hessen/hessen-wahl-ausschliesseritis-in-der-ypsilanti-falle-12582976.html>

e) Kompetenzzuschreibungen der Parteien

Die Zuschreibung von Lösungskompetenz an die Parteien ist einer der zentralen Einflussfaktoren für die Wahlentscheidung. Dabei haben die Parteien traditionell unterschiedliche Kompetenzschwerpunkte.

Die Parteienkompetenzen bei der Landtagswahl in Hessen zeigen deutlich, dass es der SPD gelungen ist, sich gegenüber der Landtagswahl von 2009 zu berappeln. Gleichzeitig ist ein Vergleich mit den Kompetenzwerten des Jahres 2008 lohnenswert, um zu sehen, wie groß der weiterhin bestehende Vertrauensverlust in die Regierungsfähigkeit der SPD ist. In der bedeutenden Frage, wer die wichtigsten Probleme Hessens lösen könne, lag die SPD 2008 mit 37% zu 29% vor der Union.

Tabelle: Parteikompetenzen – Vergleich August 2013 zu Januar 2009*

Kompetenzfeld	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Keiner Partei / Weiß nicht
Den Wirtschaftsstandort Hessen voranbringen*	50 (-4)	25 (+7)	4 (-4)	2 (-1)	1 (-1)	15 (±0)
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	42 (-7)	30 (+8)	2 (-4)	3 (±0)	1 (-1)	19 (+2)
Eine gute Steuerpolitik betreiben	30	30	6	3	4	25
Eine gute Haushalts- und Finanzpolitik betreiben	42 (-1)	18 (+9)	3 (-9)	3 (-1)	2 (-1)	20
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	31 (+2)	35 (-2)	3 (-5)	8 (+4)	2 (+1)	16 (+3)
Eine gute Familien und Kinderpolitik betreiben	25 (-6)	37 (+3)	2 (-13)	14 (+1)	3 (-1)	16 (+4)
Eine gute Verkehrspolitik betreiben	37	25	3	12	1	19
Eine gute Klima- und Umweltpolitik betreiben	18 (+3)	11 (+4)	2 (±0)	57 (-7)	0 (-1)	10 (+1)
Eine gute Energiepolitik betreiben*	22 (-7)	15 (-2)	2 (-3)	40 (+10)	1 (±0)	18 (+1)
Für bezahlbaren Wohnraum sorgen	16	46	2	7	6	20
Für soziale Gerechtigkeit sorgen*	20 (-4)	42 (+2)	2 (-3)	10 (+2)	7 (+2)	16 (-1)
Kriminalität und Verbrechen in Hessen bekämpfen	46	24	1	1	1	23
Eine gute Ausländer- und Integrationspolitik betreiben	23	28	3	25	2	17
Die wichtigsten Probleme / Die Zukunftsprobleme Hessens lösen	32 (-7)	32 (+9)	1 (-4)	6 (-1)	1 (±0)	24 (+1)
Frage: Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben, die Hessen betreffen. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei in Hessen Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgaben zu lösen.						

Angaben in Klammern: Differenz zu Januar 2009 – sofern damals abgefragt

Erste Analyse des Wahlergebnisses

Sowohl Infratest-dimap (für die ARD), als auch die Forschungsgruppe Wahlen (für das ZDF) führen am Wahltag Befragungen von Wählerinnen und Wählern durch. Diese fließen in die nachfolgende Darstellung ein, wobei die Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen auf einer telefonischen Befragung unter rund 1.529 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten in Hessen in der Woche vor der Wahl sowie auf einer Befragung von 16.531 Wählern am Wahltag basieren.

a) Einfluss der Persönlichkeitswerte auf die Wahlentscheidung

Nach Auffassung der Forschungsgruppe Wahlen liegt die Ursache dafür, dass das Rennen so knapp gewesen ist, *„auch an der schwachen Leistungsbilanz der Landesregierung. Für die gemeinsame Arbeit erhält die Landesregierung auf der +5/-5-Skala eine Gesamtnote von 0,6, wobei die FDP mit minus 0,6 hier wesentlich schlechter abschneidet als die CDU mit 0,9. Umgekehrt wird die SPD-Oppositionsarbeit mit 0,9 ebenso gut bewertet wie die Regierungsarbeit der CDU. Die Grünen erzielen 0,5, die Linke nur minus 1,5.“*

Verglichen mit anderen Länder-Regierungschefs erhält Volker Bouffier laut Forschungsgruppe Wahlen nur mäßige Imagewerte: *„Der Ministerpräsident erzielt auf der +5/-5-Skala einen Wert von 0,8. Ganz ähnlich wie sein Amtsvorgänger Roland Koch polarisiert auch Bouffier, wenngleich etwas weniger stark. Bei den eigenen Anhängern wird er mit 2,9 bewertet, im gesamten Oppositionslager mit Einstufungen durchweg im Negativbereich jedoch extrem kritisch gesehen. Sein SPD-Herausforderer Thorsten Schäfer-Gümbel schneidet mit einem Gesamtwert von 1,1 etwas besser ab als der Amtsinhaber. In den eigenen Reihen kommt Schäfer-Gümbel auf 2,5 und anders als Bouffier erhält er von den Anhängern des politischen Gegners keine negative Beurteilung.“*

b) Die wahlentscheidenden Parteikompetenzen

Am Wahltag befragte Infratest-dimap die Wählerinnen und Wähler in Hessen nach den Themen, die für das Votum einer Partei verantwortlich waren.

Von der CDU sagen 58% der Wähler/-innen, dass sie am meisten von der Wirtschaft verstehe. Sie habe jedoch auch dazu beigetragen, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffne. 53% der Wähler/-innen verbinden die CDU mit der Kanzlerschaft von Angela Merkel – sie garantiert, dass es Deutschland trotz Krise gut geht.

Mit der SPD verbinden 65% der Wähler/-innen die Agenda 2010, die dazu beigetragen habe, dass es Deutschland besser geht. Wiederum 61% der Wähler/-innen meinen, die Partei habe mit dieser Agenda ihre Prinzipien aufgegeben. Immerhin schreiben 58% der Wähler/-innen der SPD das stärkste Engagement für sozialen Ausgleich zu und noch einmal 62% der Wähler/-innen sind der Ansicht, dass die SPD mit einem klaren Nein zu rot-rot noch mehr Wähler/-innen erreichen würde.

Von der FDP sagen 76% der Wähler/-innen, dass man von ihrer Arbeit in der hessischen Regierung nicht viel gemerkt hätte.

Über die Grünen denken 63% der Wähler/-innen, dass sie sich um Themen kümmern, die andere vernachlässigen, 58% fänden es gut, wenn sie in der Regierung wäre, ebenso viele finden jedoch, dass sie sich von ihren Wählern entfernt habe und 63% sogar, dass sie mit den Steuerplänen die Wähler verschreckt habe.

Die Hälfte (50%) der Wähler/-innen sehen DIE LINKE als eine Partei, die sich am stärksten um die sozial Schwachen kümmern und 60% der Wähler/-innen sind der Auffassung, dass diese Partei in Hessen gebraucht werde. Gleichwohl halten 58% der Wähler/-innen sie noch immer nicht für politikfähig.

In Hessen werden mit 75% die Grünen als die ehrlichste Partei beschrieben, die SPD mit 57%, die CDU und FDP mit jeweils 52%.

Auf die Frage, wer den Flughafen voranbringen werden mit 40% die CDU, mit 19% die SPD und mit 9% die Grünen genannt. 32% sehen die Kompetenz für sichere bezahlbare Energie bei den Grünen, 24% bei der SPD und 22% bei der CDU.

Tabelle: Wahlentscheidende Parteikompetenzen

Partei	Kompetenzzuschreibung	in %
CDU	Wirtschaftskompetenz	55
	Arbeitsplätze sichern	47
	Finanzen	44
	Flughafenentwicklung	40
	Verkehrspolitik	38
	Bildungspolitik	37
SPD	Angemessene Löhne	47
	Soziale Gerechtigkeit	46
	Bezahlbaren Wohnraum sichern	46
	Familienpolitik	40
	Bildungspolitik	38
FDP	Steuerpolitik	7
	Finanzen	4
	Wirtschaftspolitik	3
	Bildungspolitik	3
Grüne	Umweltpolitik	56
	Energiepolitik	36
	Familienpolitik	10
	Soziale Gerechtigkeit	7
LINKE	Sorgen der kleinen Leute	10
	Soziale Gerechtigkeit	8
	Bezahlbaren Wohnraum sichern	6
	Steuerpolitik	5

Eigene Zusammenstellung

c) Wähler/-innenwanderungen

Zur Berechnung der Wähler/-innenwanderungsbilanz werden anhand der Ergebnisse der Fragen nach aktueller und vorheriger Wahlentscheidung Wanderungsströme zwischen den Parteien bzw. „Haltequoten“ (Wähler/-in pro Partei, die bei beiden Wahlen die gleiche Partei gewählt haben) geschätzt. In der Wanderungsbilanz werden Zuzug und Wegzüge sowie neue Erstwähler/-innen und Verstorbene in der Bevölkerung berücksichtigt. Weiterhin wird die Gruppe der Nichtwähler/-innen einbezogen.

Genutzt werden für die Analyse amtliche Repräsentativstatistiken der letzten Wahlen, amtliche Bevölkerungsstatistiken, repräsentative Umfragen vor der Wahl und die Wahltagsbefragung.

Bei der letztlich vorgenommenen Wählerstromkonto-Berechnung für jede Partei werden die Einzelströme auf 1.000 gerundet. Dadurch ergeben sich Differenzen zum amtlich Endergebnis.

Die Wählerstromanalyse von Infratest dimap spiegelt diese Befunde wieder. Die Tabelle ist wie folgt zu lesen: Die CDU kann naturgemäß mit der CDU keine Wähler/-innen austauschen, gibt aber an die SPD 29.000 Wähler/-innen ab. Diese sind mit einem Minus-Zeichen (-) vermerkt. In der SPD-Zeile sind diese 29.000 Stimmen positiv saldiert.

Tabelle: Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der Wähler/-innen in Hessen

	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE.	Andere + (AfD)	Nichtwähl.
CDU	-	-29.000	75.000	5.000	-3.000	-6.000 (-15.000)	169.000
SPD	29.000	-	48.000	47.000	18.000	-4.000 (-7.000)	167.000
FDP	-75.000	-48.000	-	-17.000	-13.000	-21.000 (-20.000)	-9.000
Grüne	-5.000	-47.000	17.000	-	-10.000	-3.000 (-10.000)	32.000
DIE LINKE.	3.000	-18.000	13.000	10.000	-	-1.000 (-8.000)	23.000
Andere	4.000	2.000	17.000	3.000	1.000	30.000 (-20.000)	
AfD	15.000	7.000	20.000	10.000	8.000	20.000	31.000
Nichtwähler/innen	-169.000	-167.000	9.000	-32.000	-23.000	-30.000 (-31.000)	-

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-LT-DE-HE/wahlmonitor/index.shtml>; Stand: 06:52Uhr
In Klammern (AfD)

Die CDU gewinnt vor allem aus dem Lager der Nichtwähler/-innen und von der FDP sowie in kleinerem Maße von den Grünen. An die SPD gibt sie 29.000 Wähler/-innen ab und an die AfD 15.000.

Die SPD kann ebenfalls aus dem Lager der Nichtwähler/-innen neue Wähler/-innen gewinnen sowie von allen Parteien im Landtag. An die anderen Parteien und an die AfD gibt sie Stimmen ab.

Die FDP verliert an alle anderen Parteien und als einzige Partei auch an das Lager der Nichtwähler/-innen.

Die Grünen gewinnen und verlieren. Sie erhalten von der FDP und den Nichtwähler/-innen , geben aber an CDU, SPD, LINKE sowie andere Parteien und die AfD Stimmen ab.

Die LINKE gibt 27.000 Stimmen an die SPD, andere Parteien und die AfD ab, erhält aber Stimmen von CDU, FDP, Grünen und aus dem Lager der Nichtwähler/-innen.

d) Die Parteien nach Herkunft, Bildung und Geschlecht

Für eine qualifizierte Auswertung der Wahlergebnisse ist von Interesse, wie sich bestimmte soziale Gruppen bei der Wahl verhalten haben.

Tabelle: Wer wählte wen?

	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	AfD
<i>Alle</i>						
Wahlentscheidung nach Geschlecht						
Frauen	40	31	4	12	5	-
Männer	37	30	6	10	6	-

Infratest dimap

Frauen	40	31	4	13	5	3
Männer	37	31	6	10	5	5

FGW

Wahlentscheidung nach Alter						
Erstwähler	30	26	4	14	6	-
18-24 Jahre	30	26	4	14	7	5
25-34 Jahre	35	25	4	12	7	5
35-44 Jahre	37	27	5	14	6	4
45-59 Jahre	36	32	5	14	6	5
60-69 Jahre	42	36	5	8	4	4
70 und älter	51	33	7	4	2	2

Infratest dimap

Unter 30 Jahre	32	29	4	11	7	5
30-44 Jahre	37	27	6	13	6	4
45-59 Jahre	34	32	4	15	6	4
Über 60 Jahre	46	35	6	6	4	3

FGW

Wahlentscheidung nach Beruf/Tätigkeit und Bildungsgrad						
Arbeiter	35	35	2	5	8	6
Angestellte	36	29	4	14	6	4
Selbständige	44	19	9	15	4	5
Rentner	47	34	6	5	3	3
Arbeitslose	20	30	3	10	18	4

Infratest dimap

Arbeiter	37	35	3	6	7	5
Angestellte	39	31	5	12	5	4
Beamte	32	35	6	17	3	3
Selbständige	42	20	9	15	5	5
Hauptschule	44	36	4	3	6	3
Realschule	40	32	3	8	6	5
Abitur	36	27	6	14	6	4
Hochschule	31	27	8	22	4	4

FGW

Wahlentscheidung nach Merkmal Spätentscheider						
Spätentscheider	32	30	5	12	7	-

Infratest dimap

Wahlnachtberichte / Die Autoren, die Autorin / Vorbehalt

Zu den »Wahlnachtberichten«

Die »Wahlnachtberichte« sind ein Projekt, das von Benjamin-Immanuel Hoff begonnen, gemeinsam mit Horst Kahrs weiterentwickelt und mittlerweile in wechselnder Autor/-innenschaft unter Federführung von Horst Kahrs als Teil der nationalen und internationalen Wahlbericht-erstattung der Rosa-Luxemburg-Stiftung fortgeführt wird.

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Inzwischen erscheinen zuweilen auch ein »Wahlvorbericht« und »Wahlnachlesen«

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen nicht im Auftrag einer Partei oder Stiftung oder parteili-chen Strömung. Beide Autoren geben in den »Wahlnachtberichten« ausschließlich ihre per-sönliche Meinung wieder. Für Veranstaltungen stehen beide zur Verfügung.

Die »Wahlnachtberichte« und linke Wahlanalysen im Netz

Die Wahlnachtberichte sind abrufbar unter:

<http://rosalux»Wahlnachtberichte«/staatdemokratie/thema/parteienwahlanalysen.de>

Zum Autor dieses Berichts:

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler, berät in Wahlkämpfen (MehrWertConsult) und ist Professor für Governance und Public Management an der BEST-Sabel-Hochschule Berlin. Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und Publizist. Er lebt in Berlin und arbeitet am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dieser Bericht entstand mit Unterstützung von Cornelia Hildebrandt. Sie arbeitet am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung als stellvertretende Direktorin mit dem Arbeitsschwerpunkt Parteienanalyse.

Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 22./23. September 2013 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlfor-schungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen.

Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Ana-lyse selbst entstehen.

Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *